



Öffentliche Magersucht

Christian Felber über weniger Staat, mehr privat

„Bis zum 15. Juni arbeiten wir nur für den Staat“, schallte es neulich durch die Medien. Die „Staatsquote“ – die Summe aller Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge gemessen am BIP – hat das rekordverdächtige Niveau von 43% erreicht. Der Staat ist eindeutig zu fett geworden, oder? Weg mit dem Speck, ist man versucht zu rufen, Papa Staat braucht dringend eine Abmagerungskur.

Doch worin besteht der öffentliche Speck eigentlich? „Staat“, das ist beileibe nicht nur die Verwaltung oder der Finanzminister und sein Dienstwagen, sondern das sind: Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Straßen, Gehsteige, Dorfplätze, Trinkwasser, Pensionen, Museen, Naturschutz, Lebensmittelkontrolle und eben alle Leistungen, die wir uns mit reifender Demokratie errungen haben.

Um den Staat abschlanke zu können, müssten wir auf diese Leistungen verzichten – oder sie privatisieren. Doch die wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen erledigt der freie Markt weder billiger noch effizienter, wie eine lange Liste internationaler Erfahrungen zeigt: Private Pensionsversicherer verschlingen bis zum Zwanzigfachen der Verwaltungsgebühren der gesetzlichen; Trinkwasser ist in Großbritannien nach der Privatisierung um durchschnittlich 46% teurer geworden; das weitgehend private US-Gesundheitssystem verbraucht 14% der Wirtschaftsleistung, das weitgehend öffentliche in Österreich 8%. Privatschulen gibt es selten im Sonderangebot. Und sogar Strom ist in Kalifornien – nach landesweiten Blackouts – um bis zu 50% teurer geworden, in Norwegen gleich um 300%. „Weniger Staat, mehr privat“ ist zwar sehr in Mode, doch diese kann teuer werden.

Hinzu kommt: Bestimmte Dienstleistungen sind deshalb öffentlich, weil damit andere als unternehmerische Ziele verfolgt werden: die Versorgung aller Menschen, hohe Qualität, Versorgungssicherheit, Beschäftigung und Systemkoordination. All diese Ziele sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht unrentabel – aber volkswirtschaftlich nützlich. Die Privatisierung schafft hier mehr Probleme, als sie löst.

Fazit: Durch Privatisierung kann zwar die Staatsquote auf 40% (Regierungsziel bis 2010) oder 30% (USA) gedrückt werden: Wir müssten nur noch bis Mai oder April für den Staat arbeiten. Doch danach müssten wir die – öffentlich nicht mehr erbrachten – Leistungen Bildung, Gesundheit, Trinkwasser, Pension, Post, Verkehr am freien Markt zukaufen; und da sie hier teurer sind, in Summe deutlich länger dafür arbeiten als bis zum 15. Juni.

Wem der Staat dennoch zu fett erscheint, blicke nach Skandinavien: Dänemark und Schweden haben Staatsquoten von über 50% - und allerhöchste Lebensqualität. 1970 lag die Staatsquote in Österreich noch bei 35%. Und: waren wir damals reicher als heute? Eben. Etwas Speck kann dem Staat also nicht schaden. Und öffentliche Magersucht führt rasch in den privaten Ruin.

PS: Natürlich funktionieren nicht alle öffentlichen Dienstleistungen vorbildlich, Verbesserungen sind möglich und nötig – von der Nebenbahn bis zum Krankenhaus. Doch die Lösung besteht nicht in Zerschlagung und Privatisierung, sondern in mehr Demokratie und Ausrichtung an den Bedürfnissen der Bevölkerung durch Mitbestimmung.

Erschienen im „Kurier“ am 14. August 2004